

Meldungen aus Kirche und Gesellschaft

Spannungen in der katholischen Studentenschaft

Der Gemeindevertretertag der Katholischen Deutschen Studenten-Einigung (KDSE) vom 17. bis 21. Juli 1971 in Würzburg wurde wegen der Vorlage eines Schwerpunktprogrammes — z. T. auch „Perspektiven“ genannt — mit großem Interesse in der Öffentlichkeit beobachtet (vgl. Herder-Korrespondenz 25. Jg., S. 182 ff.). Nachdem über die Perspektiven beim letzten Gemeindevertretertag in Münster nur „votumsmäßig“ abgestimmt wurde, sollte in Würzburg endgültig ein Schwerpunktprogramm erstellt und zur Abstimmung gebracht werden, obwohl besonders außerhalb der KDSE viel Kritik an den Perspektiven zu hören war. So distanzierte sich im Mai die Katholische Deutsche Akademikerschaft (KDA) von der KDSE und warf ihr „ideologiemarxistische und religiös einseitige Auffassungen“ vor. Auch die „Einigung katholischer Studenten an Ingenieur- und Höheren Fachschulen“ (EKSI), als Dachverband nun selbst durch die Überführung der Ingenieur- und Höheren Fachschulen in Fachhochschulen in den Hochschulbereich aufgerückt, stellte in einer Stellungnahme kritische Fragen zu den philosophischen und religiösen Grundlagen der Perspektiven. Die von der Deutschen Bischofskonferenz eingesetzte Gutachterkommission, die klären soll, ob die KDSE ihren kirchlich-pastoralen Auftrag noch erfüllt, berief sich in einem Fragenkatalog an den KDSE-Vorstand auf ungeklärte und mißdeutbare Punkte der Perspektiven. Eine ihrer Fragen zielte auf den Kern der Perspektiven: Ist das in den Perspektiven bezeichnete Ziel der Arbeit der KDSE, nämlich „die Humanisierung der Gesellschaft“, die einzige oder die vorrangige Verwirklichung christlicher Existenz durch den einzelnen wie in der Gemeinschaft?

Die Diskussion in der Öffentlichkeit und die Fragen der Gutachterkommission zu den umstrittenen Perspektiven veranlaßten den KDSE-Vorstand nicht, die Verabschiedung der Perspektiven zu vertagen; man wünschte unbedingt, in Würzburg ein Schwerpunktprogramm zur Abstimmung vorzulegen, um die Arbeit der Geschäftsstelle danach ausrichten zu

können. Dieses Vorgehen verursachte jedoch nur neue Risse um und innerhalb der katholischen Studentenschaft. Der spektakuläre Austritt der Kölner Hochschulgemeinde (KHG) machte deutlich, daß die KDSE von einer Spaltung der eigenen Reihen bedroht ist.

Die Argumente der Kölner KHG

Die Kölner Delegierten erklärten ihren Austritt aus der KDSE zu Beginn der Beratungen des Schwerpunktprogrammes, nachdem nämlich in einer Vorentscheidung der Gemeindevertretertag unter starkem Engagement des KDSE-Vorstandes mit 81 gegen 6 Stimmen beschlossen hatte, das Schwerpunktprogramm zu verabschieden. Damit war auf „taktischem Weg“ der Kölner Alternativantrag zum vorgelegten Entwurf vorzeitig vom Tisch. Die Kölner sahen im Vorgehen und in der Entscheidung der Delegierten die Absicht, alle Studentengemeinden auf ein politisches Programm verpflichten zu wollen. Nach ihrer Ansicht entstammen aber die einzelnen Elemente dieses Programms lauter ungeprüften Resolutionen im sozialistischen Zeitstil, die einer kritischen Hinterfragung nicht standzuhalten vermögen. Der theologische Part komme einer blamablen Verkürzung theologischer Argumentation gleich. Der Gegenantrag der Kölner hob dagegen die Priorität der Ortsgemeinde gegen alle vereinnahmenden Tendenzen hervor und hielt „unverbrüchlich an der geistlichen Struktur der Gemeinde im Sinne kirchlicher Überlieferung gegen alle politische Theologie fest“.

Der Austritt der KHG aus der KDSE ist als Schlußpunkt unter eine seit langem fortschreitende Distanzierung dieser Gemeinde von der KDSE anzusehen. Seit einiger Zeit betrachten die Kölner, vor allem deren Priesterteam, das Tun der KDSE-Geschäftsstelle in Bonn mit Mißtrauen. Ihre Kritik zielt u. a. auf deren Ausländerarbeit, die in Zusammenarbeit mit dem Berliner Otto-Suhr-Institut und linken Studentenverbänden lediglich aus „Kapitalismuskritik bestand und dadurch Verwirrung und Unzufriedenheit stiftete“. Auch die Wohn-

heimpolitik, „die durch die Schlagworte vom repressionsfreien Wohnen und durch den Einsatz für Gemischtbelegung der Studentenheime die Träger katholischer Wohnheime in große Bedrängnis brachte“, mißbilligt die Kölner Gemeinde.

Allerdings muß auch gesehen werden, daß die Kölner Gemeinde und deren Studentenpfarrer seit einiger Zeit sowohl in der KDSE als auch in der Studentenpfarrerkonferenz in Isolierung geraten sind. Als die Kölner Studentenpfarrer mit einigen Studenten im Frühjahr 1969 einen von außen in die Gemeinde hineingetragenen Politisierungsprozeß in allzu autoritärer Manier stoppten, erteteten sie die heftige Kritik der anderen Studentengemeinden. Seit dieser Zeit ruht praktisch die Zusammenarbeit zwischen der KDSE und der Kölner Hochschulgemeinde.

In dieser Isolierung ist der Grund zu sehen, warum der Schritt der Kölner Gemeinde keine weiteren Austritte anderer Hochschulgemeinden nach sich zog. Studentengemeinden, die der derzeitigen KDSE-Arbeit ebenfalls kritisch gegenüberstehen — wie etwa die Aachener oder Dortmunder —, kritisieren den Kölner Austritt als zu weitgehend und bekannten sich zu einer „noch bestehenden Einheit“ der katholischen Studentenschaft. Wenn also die Kölner keine sichtbaren Sympathisanten gefunden haben, so darf man doch annehmen, daß Gleichgesinnte unter den sog. schweigenden Studentengemeinden zu finden sind, die sich durch einseitige Politisierung in den letzten Jahren innerlich von der KDSE distanziert haben. In Würzburg fehlten von den 58 Studentengemeinden allein 21, obwohl allen die Bedeutung der anstehenden Entscheidungen bekannt gewesen sein dürfte.

Die Solidaritätserklärung der studentischen Verbände CV, KV, UV und RKDB für die Kölner Gemeinde dürfte aber kaum weitere Studentengemeinden bewegen, ebenfalls aus der KDSE auszutreten. Doch der Schritt der Verbände macht nun auch in der Öffentlichkeit den Bruch zwischen den katholischen Verbänden und den Studentengemeinden sichtbar, der sich seit langem angebahnt hatte. Die im Juli

1969 vorgenommene Satzungsänderung der KDSE, nach der die Verbände aus dem KDSE-Vorstand ausschieden, war also nicht der „Einigung“ im katholischen studentischen Raum förderlich.

Das Schwerpunktprogramm

Da die Kölner zu Beginn der Beratungen über die Perspektiven ihren Austritt erklärten, stand der weitere Verlauf des Gemeindevertretertages nach diesem anfänglichen Mißton unter dem Erfolgswang der Verabschiedung des Schwerpunktprogrammes. Dies führte zu einem Solidarisierungseffekt, der auch die hohen Abstimmungsergebnisse zugunsten der einzelnen Abschnitte des Schwerpunktprogrammes erklärt.

In der Einleitung zu diesem heißt es, die KDSE lege Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit vor, die ein Ausdruck dafür seien, wie sich Studentengemeinden im gesellschaftlichen, kirchlichen und Hochschulbereich engagieren. Dieses Engagement sei gewachsen durch die Teilnahme an den Auseinandersetzungen der studentischen Protestbewegung und den Erfahrungen von „undurchsichtigen Machtstrukturen in Gesellschaft, Universität und Kirche“. Zunehmend hätten die Hochschulgemeinden die politische Dimension und die „autoritär-fixierte Erwartungs- und Konsumhaltung der Mehrheit der Bevölkerung“ entdeckt. Das habe zu einer Politisierung geführt, zu einer Bewußtmachung der Widersprüche der „gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsstruktur“ und zu „Strategien, diese Widersprüche offenzulegen und konkrete Wege zu erschließen zur Emanzipation des Individuums zu einer humanen Gesellschaft“. Diese Politisierung werde „als Praxis konkreten Glaubens verstanden, insofern es um die Schaffung von Bedingungen geht, die einer Befreiung des Menschen dienen“.

Das in Würzburg verabschiedete Schwerpunktprogramm führt die in Münster diskutierten Perspektiven konsequent fort. Die bereits bestehenden Abschnitte — Motivation und Zielsetzung, Theologie und Kirche, Situation der Hochschule, Dritte Welt — wurden ausgebaut und um die Abschnitte „Studentische Sozialpolitik“ und „Friedensforschung“ erweitert.

Unter dem Abschnitt „Friedensforschung“ stellt sich die KDSE die Auf-

gabe, die Ergebnisse der „kritischen“ Friedensforschung zu vermitteln, um allmählich die Voraussetzungen zu beseitigen, die zur Fortsetzung der Verbreitung von Feindideologien und der daraus resultierenden Legitimation des Militärs beitragen. Außerdem wird Partei für die Kriegsdienstverweigerer ergriffen und die These abgelehnt, daß sowohl Wehr- wie Zivildienst Friedensdienst seien. Wehrdienstverweigerer sollen nach Kräften unterstützt werden.

Die Beratungen in Würzburg zeigten gegenüber Münster ein noch deutlicheres Bekenntnis zur marxistischen Gesellschaftsanalyse. Als Kennzeichen unserer gegenwärtigen Gesellschaft werden angeführt: Im Produktionsbereich verfüge eine Minderheit von Unternehmern, Kapitaleignern und Banken über die Produktionsmittel, die von den Lohnabhängigen geschaffen und erneuert würden. Dies geschehe dadurch, daß sich die Unternehmer den Mehrwert aneignen. Die zunehmende Verarmung der Dritten Welt im Vergleich zu den Industrienationen wird im Schwerpunktprogramm mit dem „normalen Funktionieren“ der kapitalistischen Wirtschaft erklärt.

Ein detaillierter Gesamtüberblick über das Schwerpunktprogramm verbietet sich zur Zeit allerdings noch, zumal die Bereiche „Ausländische Arbeiter in der Bundesrepublik“, „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Mobilisationsmodelle“ aus Zeitmangel in Würzburg nicht mehr verabschiedet werden konnten. Ihre Formulierung soll der KDSE-Vorstand in Zusammenarbeit mit Projektgruppen leisten.

Politik des Konfliktes

Soweit das Schwerpunktprogramm bekannt ist, dürfte es nur schwerlich die Differenzen der KDSE mit der Bischofskonferenz ausräumen, dies auch, weil die Antworten des KDSE-Vorstandes auf die Gutachterfragen z. B. in der Frage des Stellenwertes des Schwerpunktprogrammes in offensichtlichem Widerspruch zu einer Besprechung der KDSE-Geschäftsstelle stehen, die unter Leitung des 1. Vorsitzenden *K. Lang* im März dieses Jahres stattfand. Diese Geschäftsstellenbesprechung, deren Ergebnisse erst im Juni durch eine Indiskretion bekannt geworden sind, beschäftigte sich mit langfristigen taktischen Überlegungen. Danach soll

z. B. das während des Gemeindevertretertages in Münster „zutage getretene antikapitalistische Unbehagen auf eine tragfähige Basis gestellt werden“. Außerdem wurde dort gefordert, „die Bindung der Gemeinden an die KDSE zu erreichen, wobei die Bindung an die Amtskirche, so problematisch das auch ist, unabdingbare (finanzielle) Möglichkeit der Bedingung zur Schaffung einer neuen ‚Kirche‘ ist“. Aufgrund dieser Geschäftsstellenbesprechung dürften weitere Konflikte auf die KDSE zukommen. Nach der Meinung des wiedergewählten 1. Vorsitzenden *K. Lang* (zum 2. Vorsitzenden wurde der Trierer Theologe *P. Alles* gewählt) sind Konflikte jedoch notwendig und nicht vermeidbar. Nach seiner Einschätzung der kirchlichen, hochschulpolitischen und gesellschaftlichen Entwicklung wird sich auch für die zukünftige Arbeit der KDSE keine Minderung von Konflikten ergeben. Deshalb hat man anscheinend auch den Haushaltsplan für das Jahr 1972 bereits um 450 000 DM höher in Ansatz gebracht. Sollten also die Bischöfe ihre Warnung wahrnehmen und der KDSE den kirchlich-pastoralen Auftrag entziehen, was eine Einstellung der bischöflichen Zuwendungen (1971: 360 000 DM) bedeutete, will man anscheinend in verstärktem Maß versuchen, Zuschüsse von anderen Trägern für die Weiterführung der Arbeit zu erhalten. Die wohlwollende Sympathie, die derzeit linke Studentenfunktionäre für die KDSE hegen, könnte diesen Absichten förderlich sein.

Die künftige Entwicklung wird zweifellos von der Entscheidung der Bischöfe für oder gegen die KDSE beeinflusst; in noch stärkerem Maß wird es jedoch vom Verhalten der Hochschulgemeinden abhängen. Betrachten sie das Schwerpunktprogramm als „Praxis konkreten Glaubens“ oder werden sie sich dem Schwerpunktprogramm gegenüber distanzieren? Werden die Gemeinden die KDSE auch in Zukunft als Zusammenschluß der Mitglieder der Katholischen Hochschulgemeinden verstehen? Oder werden sie der in der Geschäftsstellenbesprechung formulierten Funktion der KDSE zustimmen, die notwendige Veränderung des herkömmlichen Kirchenverständnisses erfordere, „daß die KDSE niemals einen Verband darstellt, sondern die Vorwegnahme einer Möglichkeit von emanzipierter Kirche“?